

## Haushaltsrede der AfD-Fraktion am 05.11.2020

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Frau Dostal,  
sehr geehrte Damen und Herren,

seit letzter Woche ist klar, Gastwirte, Hoteliers, Künstler und Veranstalter müssen schwere Opfer für die Corona-Politik der Bundesregierung bringen.

Sie schwanken zwischen Wut und Verzweiflung. Vielen steht das Wasser seit dem Lockdown im Frühling bis zum Hals.

Der Hotel- und Gaststättenverband warnt nicht ohne Grund vor 10.000 Pleiten. Viele Wirte, Veranstalter und Künstler haben ihre Ersparnisse aufgebraucht, um über die Runden zu kommen. Jetzt zieht ihnen die Bundesregierung noch einmal den Boden unter den Füßen weg.

Besonders hart trifft es die ca. 1200 Schaustellerbetriebe im Land. Diese sind seit März quasi mit einem Berufsverbot belegt und ein Ende ist nicht in Sicht.

Rund ein Drittel der Mitglieder in Baden-Württemberg hat bereits das Handtuch geworfen“, berichtet der Landesvorsitzende des Schaustellerverbands

Mark Roschmann.

Nach Absage der Weihnachtsmärkte werden wohl mehr als die Hälfte der Schausteller in Baden-Württemberg aufgeben müssen.

Bei vielen Schaustellern ist die versprochene Hilfe bis heute nicht angekommen. Sie scheitert an bürokratischen Hürden und ist für viele Solo-Selbständige nicht brauchbar.

In den Bereichen Gastronomie, den Veranstaltungen, Theatern, den Kinos und Konzertsälen sind die Hygieneregeln unter Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel eingeführt, kontrolliert und auch umgesetzt worden.

Heute sagen Virologen nahezu übereinstimmend, dass das Ansteckungsrisiko im privaten Bereich ungleich größer ist ... als im öffentlichen Bereich. Nun werden diese Branchen wieder ins Koma versetzt.

Bund und Länder entscheiden, die Landkreise müssen die Konsequenzen hieraus stemmen!

Auch unser Landkreis wird vor die Herausforderung der Corona-Pandemie gestellt.

So ist es begrüßenswert, dass für das Jahr 2020 durch ein milliardenschweres Konjunkturpaket die zurückgehenden Gewerbesteuererinnahmen ausgeglichen werden, und dass damit auch der Landkreis Esslingen sein Investitionsprogramm fortsetzt.

In Ihrer Rede, Frau Dostal, teilen Sie mit, dass die Wirtschaft seit 10 Jahren auf Wachstumskurs ist und die Corona-Pandemie habe die Wirtschaft in Deutschland in die schwerste Rezession seit Kriegsende geführt.

Dabei hieß es in Ihrer Haushaltsrede bereits im letzten Jahr, dass nach 9 Jahren Wirtschaftswachstum, erstmalig eine beginnende Rezession zu verzeichnen ist.

Und das war vor Corona!

Es muss angezweifelt werden, dass sich die Kommunen ab 2022, laut der Steuerschätzer, zügig und schnell wieder erholen.

Ihre Planungen für den vorgelegten Entwurf mussten bereits einmal überarbeitet werden.

Seit Montag dieser Woche befinden wir uns wieder in einer Form des Lockdowns. Der nächste Lockdown hängt wie ein Damoklesschwert über unserer Wirtschaft. Ein Ende der Corona-Pandemie ist noch lange nicht erreicht.

In der aktuellen Situation wird täglich von steigenden Zahlen der positiv getesteten COVID-19-Erkrankten berichtet. Es ist unbestritten, dass ein großer Teil der Erkrankten Rückkehrer nach Deutschland sind. So lange aber diese Länder nicht als Risikogebiete erklärt werden, werden die Zahlen nicht sinken.

Auf Grund der außerordentlichen Steuerschätzung im September wurde der Hebesatz auf 30,8 von Hundert festgesetzt. Nach unserer Einschätzung und der aktuellen Situation wird dieser Hebesatz nicht mehr zu halten sein.

Die Verschuldung stieg bereits nach der Septemberschätzung im Kernhaushalt von 112 Mio auf 167 Mio. Die Forderungen an das Land aus der Flüchtlingsunterbringung betragen, genauso wie im letzten Jahr, 23 Millionen.

Es wird für den Haushalt 2021 weiterhin von der Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten ausgegangen. Dabei will das Land ab 2021 zur Pauschale zurückkehren.

Die Verwaltung setzt auf das Prinzip Hoffnung, dass sie sich auf das Land stützen kann und auch für das nächste Jahr die Spitzabrechnung möglich wird. Hierin sehen wir ein Risiko für den Haushalt.

Der Hebesatz soll auf 30,8 v.H. abgesenkt werden, um dann ab 2023 drastisch auf 32,5 v.H. erhöht zu werden. Besser wäre doch eine konstante Kreisumlage für den von der Verwaltung geplanten Zeitraum, um den Städten und Gemeinden Planungssicherheit zu geben. Man geht davon aus, dass sich die Wirtschaft bis dahin wieder erholt hat. Das stellen wir in Frage.

Deshalb beantragen wir einen Hebesatz von 32 v.H., um die Verschuldung auch tatsächlich im Blick zu behalten.

Ein großer Teil des Haushalts werden für Investitionen geplant, hier insbesondere für die Sanierung und Erweiterung der Bodelschwingh-Schule, Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV und die Verwaltungsgebäude in Esslingen und Plochingen. Generell steht die AfD-Fraktion dem geplanten Investitionsprogramm positiv

gegenüber. Investitionen sind wichtig für unseren Kreis. Sanierungen und Neubau von Schulen sind eine Investition in unsere Kinder.

Moderne Verwaltungsgebäude machen den Landkreis fit für die Anforderungen der Zukunft. Gerade in der jetzigen Zeit ist es richtig und notwendig, geplante Investitionen nicht auf die lange Bank zu schieben. Zum einen sichert es Arbeitsplätze in der Region, zum anderen sendet man positive Signale in Richtung Wirtschaft und Investoren.

Um die Kosten tatsächlich auch im Griff und nicht nur im Blick zu haben, sollten sich Fehler wie bei der Generalsanierung der Rohräcker-Schule auf dem Esslinger Zollberg nicht wiederholen, eine Bauverzögerung von 4 Jahren und eine Kostensteigerung von ca. 13 Mio. kann man eher als weniger erfreulich bezeichnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen doch sehr genau, wie abhängig wir hier im Landkreis Esslingen von dem sind, was uns Bund und Land ständig aufbürden.

Seit 2020 ist die 3. Stufe des Bundesteilhabegesetz in Kraft getreten ist. Der Bund beschließt, die Kreise müssen es tragen! Die Kosten für die Schulbegleitung sind explosionsartig gestiegen. So waren es 2016 noch 1,9 Millionen, in 2021 werden bereits 9,3 Millionen angenommen.

Der Kostendeckungsgrad ist hier absolut nicht ausreichend und blieb seit 2016 weitgehend konstant, mittlerweile sind es gerade nur noch 10 %. Es ist erstaunlich, dass das Kultusministerium erst seit 2019 hierfür eine Prüfung vornimmt. Hier ist dringender Handlungsbedarf!

Anzuerkennen ist die Grundgesetzänderung zur Entlastung der Kommunen, welche der Bundestag im September dieses Jahres auf den Weg gebracht hat. Dadurch wird auch unser Kreishaushalt erst einmal entlastet.

Trotz allem kann man den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften nicht außer Acht lassen. Der Bundesagentur für Arbeit ist zu entnehmen, dass nach einer kurzfristigen Erholung über die Sommermonate, die Arbeitslosenquote wieder steigend ist.

Der Landkreis Esslingen hat zusammengefasst nach SGB III und SGB II für den Oktober 2020 eine Arbeitslosenquote von 4,3 % erreicht. Das ist eine Steigerung von 1,1 % zum Vorjahresmonat Oktober 2019. Nach Beendigung der außerordentlichen Zahlung von Kurzarbeitergeld bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr, muss hier von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden.

Trotz zunehmender Digitalisierung und Einführung der E-Akte reduzieren sich die Postkosten nicht. Hier stellen wir den Antrag, ob Kosteneinsparungen vorgenommen werden können, indem z.B. die Einladungsschreiben zu den Kreistags- und Ausschusssitzungen per E-Mail versandt werden können und nicht wie bisher als Briefpost.

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich reduziert, so waren es im letzten Jahr 1200, für das nächste Jahr wird von 600 neu ankommenden Flüchtlingen im Landkreis Esslingen ausgegangen. Das ist die Hälfte zum Vorjahr. Leider haben sich aber die Unterbringungskosten für Miete und Pacht nicht halbiert. Deshalb stellen wir hier den

Antrag, die Miet- und Pachtkosten im Landkreis Esslingen zu überprüfen. Besteht hier die Möglichkeit von Sonderkündigungsrechten für laufende Verträge?

Wir schätzen die Bemühungen der Verwaltung sehr, für unseren Landkreis einen vernünftigen Haushaltsentwurf zu erstellen, trotz der vielen Unklarheiten.

Im Angesicht der aktuellen Situation und den noch nicht abschätzbaren Folgen für die Wirtschaft und die Sozialausgaben in unserem Landkreis, ist eventuell eine erneute Aktualisierung des Haushaltsentwurfs erforderlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

## Antrag 1

der AfD-Fraktion zur Einbringung in den Haushaltsentwurf am 05.11.2020

### **Prüfung der Postgebühren (Innere Verwaltung Zentrale Dienstleistung 1126)**

Trotz der zunehmenden Digitalisierung und Einführung der E-Akte für die Kreisrätinnen und Kreisräte werden für das Jahr 2021 500.000 Euro angesetzt. Die Ausgaben für 2020 lagen aber bei 422.000 Euro.

Die Verwaltung möchte bitte prüfen, ob hier nicht Einsparungen vorgenommen werden können. So wäre es doch z.B. möglich, die Einladungen zu den Sitzungen des Kreistags und der entsprechenden Ausschüsse auch per E-Mail zu verschicken, anstatt, wie bisher üblich, per Briefpost.

## **Gemeinsamer Antrag AfD-Fraktion und Ulrich Deuschle, Republikaner im Kreistag Esslingen**

### **HH 2021 – Antrag Nr. 2: Kreisumlage auf 32% festsetzen**

Der Kreisumlage – Hebesatz für das Jahr **2021** wird auf **32 %** festgesetzt.

#### **Begründung:**

Der Landkreis Esslingen gibt lt. Haushaltsplanentwurf 2021 (S. 119) seine bisherige, wenn auch nicht immer konsequent verfolgte, Politik der Schuldenbegrenzung auf.

So steigt die Verschuldung bereits nach der Septemberschätzung im Kernhaushalt von 112 auf 167 Mio €.

Die Forderungen an das Land aus der Flüchtlingsunterbringung betragen genauso wie im letzten Jahr 23 Millionen.

Es wird für den Haushalt 2021 weiterhin von der Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten ausgegangen. Dabei will das Land ab 2021 zur Pauschale zurückkehren.

Zusätzlich kamen unerwartet hohe Zuweisungen von Bund und Land. Darüber hinaus wurde von besseren Erwartungen für die deutsche Wirtschaft für das nächste Jahr ausgegangen.

So wurde ein Kreisumlage-Hebesatz von **30,8 %** für 2021 angemessen erachtet, der dann mittelfristig bis 2023 auf **32,5 %** erhöht werden soll.

Diese optimistische Sicht ist nach dem erneuten, partiellen

„Lockdown“ für mindestens November 2020 nicht mehr haltbar.

Um eine stark zunehmende Verschuldung zu vermeiden, müssen entweder bestimmte Investitionen verschoben und/ oder eine höhere Kreisumlage erhoben werden.

Die Antragsteller halten deshalb einen Kreisumlage-Hebesatz von **32%** für notwendig. Dies würde auch den Städten und Gemeinden mehr Planungssicherheit geben.

4.11.2020

### Antrag 3

der AfD-Fraktion zur Einbringung in den Haushaltsentwurf am 05.11.2020

#### **Antrag auf Überprüfung der Miet- und Pachtkosten der Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge im Landkreis Esslingen**

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich reduziert. So waren es im letzten Jahr 1200, für das nächste Jahr wird von 600 neu ankommenden Flüchtlingen im Landkreis Esslingen ausgegangen. Das ist die Hälfte zum Vorjahr.

Leider haben sich aber die Unterbringungskosten für Miete und Pacht nicht halbiert. Deshalb stellen wir den Antrag, die Miet- und Pachtkosten im Landkreis Esslingen zu überprüfen. Besteht hier die Möglichkeit von Sonderkündigungsrechten für laufende Miet- und Pachtverträge?

#### Antrag 4

der AfD-Fraktion zur Einbringung in den Haushaltsentwurf am 05.11.2020

#### **Antrag auf Soforthilfe für Schaustellerbetriebe im Landkreis**

Die Schaustellerbetriebe in Deutschland und somit auch im Landkreis Esslingen haben seit Beginn der Corona Pandemie quasi ein Berufsverbot erhalten.

Die Überbrückungshilfe des Bundes sowie der beschlossene Tilgungszuschuss des Landes helfen den kleinen Schaustellern im Land nur bedingt.

Rund ein Drittel der Mitglieder in Baden-Württemberg hat bereits das Handtuch geworfen. Wir müssen diese Entwicklung dringend aufhalten und auch den Schaustellern eine Perspektive aufzeigen.

Wir schlagen deshalb folgendes vor:

- Jeder Schaustellebetrieb im Landkreis erhält von Januar 2021 bis März 2021 eine monatliche Soforthilfe von 1.000,- Euro.
- Die Soforthilfe ist nicht zweckgebunden.
- Die Soforthilfe ist zu beantragen und wird monatlich ausgezahlt. Die Verwaltung wird beauftragt die Mitglieder in den zuständigen Schaustellerverbänden über die Soforthilfe zu informieren.
- Nach Ablauf der Soforthilfe im März 2021 muss neu entschieden werden.

## **Gemeinsamer Antrag AfD-Fraktion und Ulrich Deuschle, Republikaner im Kreistag Esslingen**

### **HH 2021 - Antrag Nr. 1 : Willkommensschilder an Kreisgrenzen**

Der Landkreis Esslingen stellt an seinen Kreisgrenzen Willkommensschilder auf. Die Schilder werden an den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen auf Höhe der Kreisgrenze aufgestellt. Dort heißen sie einfahrende Bürger und Besucher willkommen.

#### **Begründung:**

Viele Landkreise setzen schon lange auf Willkommensschilder. So haben zum Beispiel in der Region Stuttgart der Kreis Göppingen und der Rems-Murr-Kreis in den letzten Jahren sich diesbezüglich engagiert.

Während der Kreis Göppingen mehr auf Steingabionen setzt ( Siehe vor Schlierbach oder am Reußenstein ), bieten die Rems-Murr-Schilder ( Siehe Schorndorf-Schlichten ) auch die Möglichkeit viele Facetten des Kreises abzubilden und auch auf besondere Ereignisse hinzuweisen.

So sagt z.B. Landrat Richard Sigel „ Regionale Identität liegt voll im Trend“ oder „ Das Comeback des BK-Kennzeichens im Rems-Murr-Kreis ist eine Erfolgsgeschichte und ein Beispiel dafür, dass sich die Menschen mit ihrer Heimat identifizieren.“

Zusätzlich sei dies ein Instrument des Standortmarketings.

Der Antragsteller weist darauf hin, dass auch bei uns das identitätsstiftende NT-Kennzeichen ein großer Erfolg geworden ist und der Landkreis Esslingen gerade in der jetzigen Corona-Zeit besondere Anstrengungen nötig hat, seine Außendarstellung zu verbessern.

AfD-Fraktion

Deuschle

4.11.2020